

Internationale Arbeitsorganisation

Entschießung zum CAS-Konflikt

Hintergrund

1. Während des Großteils seiner fast einhundertjährigen Geschichte hat das Überwachungssystem der IAO seine wichtige Aufgabe erfüllt und die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen überwacht, mit uneingeschränkter Unterstützung der dreigliedrigen Träger. Die Arbeitgebergruppe hat jetzt jedoch mit dem Versuch, die Autorität des IAO-Sachverständigenausschusses zu untergraben, einen gezielten und anhaltenden Angriff auf das Überwachungssystem gestartet.
2. Begonnen hat dies 2012, als die Existenz eines durch Übereinkommen 87 geschützten Streikrechtes in Frage gestellt wurde, obwohl dieses Recht im Prinzip jahrzehntelang von allen Trägern der IAO anerkannt worden war. In den Jahren 2013 und 2014 hat die Arbeitgebergruppe jedoch die fundierten Ansichten des Sachverständigenausschusses bezüglich einer Vielzahl anderer Übereinkommen angefochten und sich erneut geweigert, in 19 der vom Ausschuss für die Durchführung der Normen (engl. Abk. CAS) überwachten Fälle per Konsens zu Schlussfolgerungen zu gelangen.
3. Die Verfassungsgeber der IAO haben vorausgesehen, dass es von Zeit zu Zeit Konflikte bezüglich der Auslegung eines Übereinkommens geben könnte und daher den Verweis solcher Konflikte gemäß Artikel 37.1 der IAO-Verfassung an den Internationalen Gerichtshof (IGH) vorgesehen, um ein Gutachten erstellen zu lassen. Der IGH würde es den Trägern mit einem endgültigen und abschließenden Entscheid zum Streikrecht in der Tat ermöglichen, die dreigliedrigen Verhandlungen unter größerer Rechtssicherheit wieder aufzunehmen.
4. Der Vorstand hat im Oktober 2013 eine Entschießung verabschiedet, der zufolge sich der IGB dafür ausspricht, die Frage des Streikrechts gemäß Übereinkommen 87 an den IGH zu verweisen, um ein Gutachten erstellen zu lassen, falls sich die Arbeitgebergruppe weiterhin einer Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes widersetzt, was sie getan hat. Mit der Entschießung wurden zudem alle IGB-Mitgliedsorganisationen zu Lobbyarbeit gegenüber ihren Regierungen aufgefordert, vor allem wenn sie dem IAO-Verwaltungsrat angehören, um bezüglich eines Verweises des Konfliktes an den IGH ihre Unterstützung zu gewinnen. Der IGB hat einen umfassenden Bericht über die Rechtsgrundlagen des Streikrechts zur Untermauerung dieser Kampagne erstellt.
5. Im März 2014 hat der Verwaltungsrat das Amt ersucht, «ein Dokument vorzubereiten, aus dem eventuelle Modalitäten, Umfang und Kosten von Maßnahmen gemäß der Artikel 37(1) und 37(2) der IAO-Verfassung zur Klärung eines Konfliktes oder einer Frage im Zusammenhang mit der Auslegung eines IAO-Übereinkommens hervorgehen». Dieses Dokument wurde im November 2014 im Anschluss an Konsultationen mit den Trägern vorgelegt.

6. Der Verwaltungsrat hat im November 2014 mehrere Tage lang über den Verweis der Frage des Streikrechts an den IGH debattiert. Neben der Arbeitnehmergruppe haben die Regierungsmitglieder der EU, der GRULAC sowie einige IMEC-Mitglieder den Verweis befürwortet. Die Regierungsmitglieder der ASPAG (mit Ausnahme Chinas), der Afrika-Gruppe und einige IMEC-Mitglieder (USA, Schweiz, Russland, Japan u.a.) haben sich jedoch nachdrücklich gegen einen sofortigen Verweis ausgesprochen und darauf bestanden, den dreigliedrigen Dialog zunächst fortzusetzen. Viele dieser Länder gehören zu denen, die die Arbeitnehmerrechte am wenigsten unterstützen, jedoch am vehementesten für den dreigliedrigen Dialog eintreten, obwohl sie ihn zu Hause kaum praktizieren.

7. Neben weiteren Aktionspunkten enthielt der erste Entschließungsentwurf des Amtes einen Punkt zur Beschlussfassung bezüglich des Verweises der Angelegenheit im November 2014 an den IGH. Der konsequente Widerstand der Arbeitergruppe und einiger Regierungsvertreter gegen dieses ausgewogene Paket hat jedoch letztendlich zu einer Einschließung geführt, die nicht auf den IGH einging. Stattdessen wurden lediglich eine dreigliedrige Tagung im Februar 2015 zur Existenz des Streikrechts gemäß Übereinkommen 87 (und seiner Modalitäten nach innerstaatlichem Recht) und ein Bericht an den Verwaltungsrat im März 2015 erwähnt.

8. Der Verweis an den IGH könnte bei der Tagung des Verwaltungsrates im März 2015 nach wie vor beschlossen werden, was aber durchaus nicht sicher ist. Es wird intensiver Druck erforderlich sein, um insbesondere asiatische und afrikanische Regierungsvertreter im März dazu zu veranlassen, das Mandat des Sachverständigenausschusses und seine Beschlüsse zur Existenz des Streikrechts gemäß Übereinkommen 87 sowie den Verweis an den IGH zu befürworten, falls es bei den dreigliedrigen Diskussionen im Februar nicht gelingt, die Ableitung des Streikrechts aus Ü87 durchzusetzen.

Empfehlung:

9. Der IGB

- weist die wiederholten Bemühungen der Arbeitgeber um die Schwächung der langjährigen Rechtsprechung des Überwachungssystems der IAO zurück;
- macht die Arbeitgebergruppe direkt für die anhaltende institutionelle Krise bei der IAO verantwortlich, durch die zahlreiche Übereinkommen und das Überwachungssystem der IAO offensichtlich geschwächt werden sollen;
- bedauert es, dass sich einige Regierungen der Krise des IAO-Überwachungssystems offenbar nicht bewusst sind, die sie dadurch mit ermöglichen, dass sie sich nicht für eine Beilegung des Konfliktes auf juristischem Weg aussprechen;
- wiederholt, dass obwohl die Arbeitnehmer zwar weiterhin offen für einen dreigliedrigen Dialog sind, offensichtlich geworden ist, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterschiedliche Auffassungen in dieser Angelegenheit vertreten und wir daher entschlossen sind, uns bei den Regierungen um Unterstützung für die Einschaltung des IGH zur Beilegung des Konfliktes zu bemühen, falls es bei den dreigliedrigen Diskussionen nicht gelingt, die Ableitung des Streikrechtes aus Ü87 anzuerkennen;
- ruft seine Mitgliedsorganisationen und die Arbeitnehmermitglieder des Verwaltungsrates zur MOBILISIERUNG der ArbeitnehmerInnen auf, damit sie sich am 18. Februar an einem Aktionstag zur Verteidigung des Streikrechts zum Schutz vor Unterdrückung und Versklavung bei der Arbeit beteiligen.

Ohne das Streikrecht werden die ArbeitnehmerInnen zu Sklaven

Schlussfolgerung

10. Der IGB wird die Schlussfolgerungen dieser Diskussion zirkulieren und den Mitgliedsorganisationen und Arbeitnehmermitgliedern des IAO-Verwaltungsrates Kampagnenmaterial zur Verfügung stellen, das sie gegenüber ihren Regierungen und Arbeitgeberverbänden benutzen können.
11. Der IGB wird den globalen Aktionstag zur Verteidigung des Streikrechtes unterstützen.
12. Der IGB wird die Mitgliedsorganisationen regelmäßig über Initiativen von Mitgliedsorganisationen sowie von Regierungen und Arbeitgebern auf dem Laufenden halten.